<https://www.rnd.de/politik/bundeswehr-daten-fuer-neuen-wehrdienst-sollen-von-meldebehoerden-kommen-RYJDXLM2SFAU3CKTJHZYB7L2MU.html>

**Markus Decker, Neuer Wehrdienst: Daten der 18-Jährigen sollen von Meldebehörden kommen**

Union und SPD wollen wieder mehr junge Leute für die Bundeswehr gewinnen. Das soll vorerst aber ohne Pflicht geschehen. Zwar gibt es Zweifel, ob das reicht. Die technischen Voraussetzungen für das entsprechende Modell werden aber bereits geschaffen.

Sönke Neitzel lässt an dem Plan der schwarz-roten Koalition kein gutes Haar. „Ich bin erschüttert über den Passus zum neuen Wehrdienst im Koalitionsvertrag“, sagte der Professor für Militärgeschichte an der Universität Potsdam dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Denn ohne Pflichtanteil wird es nicht möglich sein, die Bundeswehr aufwachsen zu lassen und die Anforderungen der Nato zu erfüllen. Das ist auch ein falsches politisches Signal nach Moskau. Wir brauchen nämlich auf jeden Fall mehr kriegstüchtige Soldaten.“

Wenn er die Kalkulationen im Verteidigungsministerium richtig überblicke, benötigten die deutschen Streitkräfte minimal 200.000 Zeit- und Berufssoldaten und maximal 260.000, dazu kämen 200.000 bis 400.000 Reservisten, fügte Neitzel hinzu. „Wir haben aber auf jeden Fall zu viele Offiziere und zu wenig Mannschafts-Soldaten. Die Pyramide müsste genau umgekehrt sein. Außerdem haben wir nicht unendlich Zeit. Wir müssen jetzt hinne machen.“ Der 56-Jährige kennt sich aus. Er hat nach zahlreichen anderen Büchern zum Thema gerade erst das Buch veröffentlicht: „Die Bundeswehr: Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende“.

**Das schwedische Modell**

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD steht: „Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert. Für die neue Ausgestaltung dieses Dienstes sind die Kriterien Attraktivität, Sinnhaftigkeit und Beitrag zur Aufwuchsfähigkeit leitend. (…) Wir orientieren uns dabei am schwedischen Wehrdienstmodell.“

Doch nicht allein Neitzel hat Zweifel. Der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) sagte kürzlich: „Wir brauchen auf jeden Fall Wehrpflichtige, um unseren Auftrag erfüllen zu können.“ Der Präsident des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg, schloss sich an mit dem Hinweis, „ein einfaches Weiter-so“ reiche nicht. „Wir haben nämlich inzwischen alle abgeschöpft, die freiwillig zur Bundeswehr wollen.“

**„An Grundlagen gearbeitet“**

Neben der grundsätzlichen gibt es praktische Fragen. Der geschäftsführende Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) nahm zwar gegenüber der Deutschen Presse-Agentur auf die Tatsache Bezug, dass er noch zu Zeiten der Ampelkoalition ein neues Wehrdienstmodell hatte konzipieren lassen, und sagte: „Wir haben in den letzten Monaten weiter an den entsprechenden Grundlagen gearbeitet, sodass die nächsten Schritte gleich nach Bildung der nächsten Regierung folgen können.“ Das Modell, das nicht mehr Gesetz werden konnte, sieht vor, dass alle jungen Männer und Frauen Fragen zu Eignung und Qualifikation gestellt bekommen, wobei nur die Männer antworten müssten. Die Geeigneten und Willigen würden anschließend gemustert und in der Regel einrücken – anders als in Schweden, wo, wenn es nicht genug Bewerber gibt, junge Menschen verpflichtet werden können.

Freilich basiert auch die abgespeckte deutsche Variante auf Voraussetzungen, die noch geschaffen werden müssen. „Mit Aussetzung der Wehrpflicht wurden die Kreiswehrersatzämter aufgelöst“, sagte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums dem RND. „Entsprechende Strukturen für die Wehrerfassung und Wehrüberwachung müssen nun schrittweise wiederaufgebaut werden. Für die Gewinnung von zusätzlichen Freiwillig-Wehrdienstleistenden wachsen mit Beginn eines möglichen neuen Wehrdienstmodells ab 2025 vier Karrierecenter zu regionalen Personalzentren auf. Bis 2029 folgen weitere. Diese sollen die Aufgabe der Wehrerfassung und Wehrüberwachung übernehmen.“

Die Sprecherin sagte zudem: „Im bisherigen Verfahren zur (aktuell ausgesetzten) Wehrerfassung übertrugen die Meldebehörden die Meldedaten der Wehrpflichtigen an die Bundeswehr. Mit Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Grundlagen ist vorgesehen, dass die Meldedaten von der Bundeswehr bei den Meldebehörden automatisiert abgerufen werden können. Nach Übertragung der Meldedaten soll an alle 18-jährigen deutschen Personen ein Online-Zugang zu einem Fragenbogen versandt werden, der von Männern verpflichtend ausgefüllt werden muss, von Frauen und Personen anderen Geschlechts freiwillig ausgefüllt werden kann und anschließend an die Bundeswehr zurückgesandt wird.“

Die technischen Voraussetzungen für den Fragebogen lägen vor, ebenso die Schnittstellen zu den Meldebehörden. Vorbehaltlich der politischen Entscheidung könnte die Erfassung auch auf ältere Jahrgänge ausgeweitet werden.

**Es herrscht Zeitdruck**

Pistorius hatte zuvor gesagt, Ziel sei es, noch in diesem Jahr mit dem neuen Wehrdienst zu beginnen und in den ersten zwölf Monaten so rund 5.000 Wehrdienstleistende zu gewinnen. Der Erfolg werde sich jedoch in der Regierungspraxis zeigen müssen, räumte der Minister ein. Er weiß: Die Bundeswehr hat derzeit nur rund 180.000 Soldatinnen und Soldaten – Tendenz eher sinkend.

Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Johann Wadephul äußerte sich ähnlich. „Die Vereinbarungen zum Wehrdienst sind eine vernünftige Arbeitsgrundlage“, sagte er dem RND, unterstrich indes: „Alle wissen, dass wir nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung haben. Deshalb halten wir das sogenannte schwedische Modell für geeignet.“